

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 06 846 ppbn d
36. Jahrgang / 99

26. Mai 1981

Inhalt

Dietrich Sperling MdB,
Parlamentarischer Staats-
sekretär beim Bundesbau-
minister, stellt die Fra-
ge, ob wir tatsächlich
eine Wohnungsnot haben: In
der Tragbarkeit der Mieten
liegt der tiefere Grund.

Seite 1

Eugen Glombig MdB begrüßt
die Entscheidung des Bun-
desverfassungsgerichtes
über die Ausgleichsabgabe
nach dem Schwerbehinderten-
gesetz: Schaden abgewendet.

Seite 3

Rudi Schöfberger MdB unter-
sucht Bayerns Forderung
nach Einschränkung des De-
monstrationsrechts: Frosch-
teich konservativer Unken-
rufe.

Seite 5

Klaus Immer MdB empfiehlt,
bei der Erörterung von Ein-
sparungen Sachkompetenz zu
nutzen: Haushaltsausschuß
eine Art Oberausschuß?

Seite 6

Buchbesprechung:

Konrad Gilges MdB über Hans
Prolingheuers "Roten Pfar-
rer" - Georg Fritze. S.7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Haben wir eine Wohnungsnot oder nicht?

In der Tragbarkeit der Mieten liegt der tiefere Grund

Von Dr. Dietrich Sperling MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesbauminister

Über die Frage: Gibt es in der Bundesrepublik wieder Woh-
nungsnot? wird in den letzten Monaten viel gestritten. Ihre
Beantwortung ist die Grundlage für einige wichtige politi-
sche Entscheidungen der nächsten Zeit.

Meinungen gibt es viele: Es gibt eine Wohnungsnot, es gibt
keine, es gibt eine regionale, es gibt einen Mangel an billi-
gem Wohnraum (und andere mehr).

Die erste Hoffnung auf eine präzise Beantwortung richtet
sich - wie heutzutage üblich - an die Statistik. Doch die
enttäuscht, weil ihre Zahlen zu alt und zu ungenau sind und
je nach Alter und Grad der Ungenauigkeit sagen: Eigentlich
gibt es sovielen Wohnungen wie Haushalte, es kann aber auch
sein, daß eine Million Wohnungen (oder mehr?) fehlen. Prä-
zise Kenntnisse kann erst eine neue Volks- (und Wohnungs-)
zählung bringen, die in den Mühlen der Mischfinanzierung
hängt und wenn sie diese überstanden hat, durchgeführt und
ausgewertet werden muß.

Da die große Zahl derer, die eine passende Wohnung suchen,
nicht erst ermittelt werden muß und auch wohnungspolitisch
Vorhaben eine lange Anlaufzeit haben bis sie sich in eine
Vermehrung des Wohnungsangebotes auswirken, können die no-
wendigen politischen Entscheidungen nicht aufgeschoben wer-

Bei der Betrachtung der Situation können wir zunächst einmal
befriedigt feststellen: In den Jahrzehnten seit dem Krieg
sind Millionen von Wohnungen neu gebaut worden, circa 40
Prozent der Haushalte wohnt heute innerhalb der eigenen vier
Wände, die Wohnfläche, die pro Kopf zur Verfügung steht
(über 30 Quadratmeter), stand früher oft nur ganzen Familien
zur Verfügung, die Qualität der "verbrauchten" Wohnflächen
hat sich ebenfalls entscheidend verbessert, Sammelheizung,
WC und Bad/Dusche sind die Regel.

Die Versorgungssituation und die subjektive Erfahrung jedes
Älteren, der die Nachkriegszeit bewußt erlebt hat, sprechen
dagegen, daß unsere derzeitige Situation mit dem Begriff
"Wohnungsnot" richtig beschrieben ist.



Dies entspricht der Erfahrung der großen Mehrheit: Sie ist gut versorgt, strebt nach mehr Wohnfläche, besseren Wohnumfeldbedingungen, nach Wohneigentum und vor allem in den unteren Einkommensgruppen nach geringerer Mietbelastung.

Diese Erfahrung der guten Versorgung entspricht nicht der Situation einer größer werdenden Zahl von Wohnungssuchenden, seien es Kinderreiche, die mehr Platz brauchen, seien es junge Leute, die eine Familie gründen, oder sei es "nur" jemand aus der gut versorgten Mehrheit, der in eine andere Großstadt umziehen muß und eine neue Bleibe sucht.

In der Aussage der Statistik, daß der Wohnungsmarkt global ausgeglichen ist beziehungsweise ausgeglichen sein müßte - eine Aussage, die griffig und eingängig ist und deshalb gefährlich -, ist "Luft" für eine große Anzahl von Einzelschicksalen, die wohl in die Hunderttausende geht und die tatsächlich Wohnungsnot "erfahren". Man sollte daher nicht mit Globalziffern die Ausgeglichenheit belegen, hantieren, wenn man nicht einmal vorher freitags nachts beziehungsweise samstags morgens den Kampf um die Morgenausgabe der Zeitungen mit dem Anzeigenteil und den Kampf um die nächsten Telefonzellen gesehen hat oder einmal die Notfalikartei der Wohnungsämter der großen Städte studiert hat, oder Mieter gesprochen hat, denen nach jahrzehntelanger Wohndauer die Miete durch Luxusmodernisierung vervielfacht wird und die Zahlungskraftigeren weichen müssen.

Dieser Wohnungsmangel hat natürlich auch einen Sickerereffekt: Er trifft die am unteren Ende der sozialen Pyramide am stärksten, die Randgruppen und die sozial Schwachen.

Dies hat teilweise seine Ursache im Wohlstand: Bestimmte Notlagen, wie zum Beispiel die der Studenten, sind erst durch die gute materielle Versorgung entstanden. Heute ist eine Rentnerin wirtschaftlich nicht mehr gezwungen, die durch den Auszug ihrer Kinder freiwerdenden Zimmer an Studenten zu vermieten. Dies ist auch gut so.

Die Ökonomen wiesen aber darauf hin: Dies verengt Teilmärkte, wie zum Beispiel für Studentenbuden. Lebenszyklen bringen es mit sich, daß die Kinder oft dann zu einem Zeitpunkt aus dem Eigenheim der Eltern ausziehen, wenn es gerade weitgehend entschuldet ist. Die Zimmer der Kinder bleiben leer, während sie auf dem Wohnungsmarkt für ihre jungen Familien oder auch Wohngemeinschaften neuen Wohnraum nachfragen.

Es macht bei den vorhandenen Generationskonflikten die ältere Generation nicht gerade glaubwürdiger, wenn sie aus 75-geförderten Eigenheimen die Jungen altväterlich mahnt, nicht so hohe Ansprüche zu stellen und Subventionen zu fordern.

Zusammengefaßt: Die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung hat heute Wohnbedingungen, die weit besser sind, als jemals zuvor. Daneben gibt es große Schwierigkeiten, vor allem für untere Einkommensgruppen, für Kinderreiche und junge Familien, Wohnungen zu finden, die halbwegs dem allgemeinen Wohnstandard entsprechen und für sie bezahlbar sind.

Dies gilt in erster Linie für die Ballungsräume und gilt auch dann, wenn keine gehobenen Ansprüche an Ausstattung und Komfort gestellt werden. In manchen Großstädten kosten Altbauwohnungen schon bis zu zehn DM pro Quadratmeter und Monat. Solche Zahlen kann man zwar nicht in Statistiken, wohl aber den Anzeigenteilen der Zeitungen entnehmen.

Ein alleinvertienender Arbeitnehmer mit Kindern muß schon wesentlich mehr als nur durchschnittlich verdienen, wenn er eine solche Wohnung mit 25 Prozent seines Nettoeinkommens bezahlen will. Dies ist so, auch wenn "im Durchschnitt" die Mietbelastung für die Haushalte niedriger ist. In der Tragbarkeit der Mieten liegt der tiefere Grund für die mangelnden Investitionen im freifinanzierten Mietwohnungsbau; der Grund liegt nicht im Mietrecht.

Der Wohnungsmangel wird durch die nachwachsenden Haushalte und familiengründenden Jahrgänge bedingt nicht kurzfristig zu beheben sein. Eine Wohnungsnot in den Ausmaßen, die die Älteren noch kennengelernt haben, wird es nicht geben. Jeder, der aber selbst erfahren hat, welche Belastungen und Beeinträchtigungen für das menschliche Zusammenleben schlechte Wohnbedingungen darstellen, darf aus Solidarität (und um sozialen Sprengstoff zu vermeiden eine soziale Wohnungspolitik nicht für überflüssig halten. (-/26.5.1981/hi/ca)

Schaden abgewendet

Karlsruhe bestätigt Ausgleichsabgabe

Von Eugen Glombig MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Der verfassungsgerichtliche Streit um die Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz ist zu Ende. Die klagenden Arbeitgeber haben nicht Recht bekommen. Karlsruhe hat entschieden, daß Arbeitgeber, die verpflichtet sind, Schwerbehinderte zu beschäftigen und dies aus welchen Gründen auch immer nicht tun, weiter die im Gesetz vorgesehene Ausgleichsabgabe für jeden nicht besetzten Pflichtplatz zu entrichten haben.

Natürlich muß das Urteil noch in allen Einzelheiten sorgfältig studiert werden, aber schon jetzt ist ein positiver Schluß möglich und notwendig. Die Feststellung der Zulässigkeit der Ausgleichsabgabe nimmt denen eine schwere Last, die Schlimmes befürchtet haben. Kein Zweifel: Ein anderes Urteil hätte schweren Schaden produziert. Die Behinderten wären die Leidtragenden gewesen, denn um die geht es ja und nicht etwa darum, ob irgendeine sozialpolitische Feinheit so oder anders organisiert würde.

Die Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz ist ein wichtiges Instrument, um die Arbeitsmarktochancen Behinderter sichern zu helfen und um Gerechtigkeit unter den Arbeitgebern herzustellen. Die Ausgleichsabgabe für jeden nicht besetzten Behindertenpflichtplatz ist keine Bestrafung und keine Quasi-Steuer. Diesen Standpunkt hat der Gesetzgeber insgesamt schon immer vertreten.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat 1974 die von der Bundesregierung vorgeschlagene Neuordnung von Beschäftigungspflicht und Ausgleichsabgabe einstimmig begrüßt und auch im Plenum des Deutschen Bundestages gab es keine andere Bewertung. In der Begründung des Gesetzentwurfes hieß es vor fast genau acht Jahren: "Das System der Beschäftigungspflicht der Arbeitgeber und der Pflicht zur Zahlung einer Ausgleichsabgabe im Falle der Nichterfüllung der Beschäftigungspflicht wird neu geordnet. Der Neuordnung liegt der Gedanke zugrunde, daß jeder Arbeitgeber mit 16 und mehr Arbeitsplätzen, gleich ob Arbeitgeber der privaten Wirtschaft oder der öffentlichen Hand, verpflichtet sein soll, einen Beitrag zur Eingliederung Schwerbehinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft zu leisten. Dieser Beitrag zur Rehabilitation soll in erster Linie dadurch geleistet werden, daß der Arbeitgeber einen bestimmten Anteil seiner Arbeitsplätze für die Beschäftigung Schwerbehinderter bereitstellt. Ist einem Arbeitgeber dieser Beitrag, aus welchen Gründen auch immer, nicht möglich, soll er als Ausgleich wenigstens einen Geldbetrag zur anderweitigen Förderung der Rehabilitation Schwerbehinderter zahlen. Dabei kommt der Ausgleichsabgabe eine doppelte Bedeutung zu. Sie hat einmal eine echte Ausgleichsfunktion, sie soll nämlich einen Ausgleich schaffen zwischen den Arbeitgebern, die ihre Beschäftigungspflicht erfüllen und denjenigen, die hierzu nicht in der Lage sind oder es nicht wollen. Sie soll aber zum anderen auch die Arbeitgeber nachhaltig anhalten, den eigentlichen Auftrag des Gesetzes, die Sicherung der Beschäftigung Schwerbehinderter, zu erfüllen."

Daran hat sich bis heute nichts geändert. Die vom Gesetzgeber festgelegte Antriebs- und Ausgleichsfunktion der Ausgleichsabgabe ist infrage gestellt, weil der 1974 festgesetzte Betrag von 100 DM längst nicht mehr der wirtschaftlichen Entwicklung entspricht. Das Instrument ist inzwischen also stumpfer geworden.



Die Ausgleichsabgabe muß spürbar erhöht, mindestens verdoppelt werden, wenn sie weiter ihre Antriebs- und Ausgleichsfunktion erfüllen soll. Das wird eine der nächsten Aufgaben des Gesetzgebers sein müssen.

Die Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter ist ein ernsthaftes und ungelöstes Problem. Das bezeugen nicht nur die mehr als 82.000 registrierten arbeitslosen Schwerbehinderten; die Struktur der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter ist nicht minder besorgniserregend. Die von Arbeitslosigkeit betroffenen Schwerbehinderten sind älter als der Durchschnitt der Arbeitslosen. Sie sind wesentlich länger arbeitslos und sie verteilen sich auf sehr wenige berufsfachliche Teilmärkte. Trotz gewaltiger Anstrengungen des Bundes und der Länder zur verstärkten Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Schwerbehinderte ist die Zahl arbeitsloser Schwerbehinderter in den letzten Jahren laufend gestiegen.

Um für die notwendige Trendwende zu sorgen, muß das Instrumentarium des Schwerbehindertengesetzes verbessert werden. Deshalb muß nicht nur die Ausgleichsabgabe verbessert werden. Deshalb muß nicht nur die Ausgleichsabgabe, sondern auch die Beschäftigungspflichtquote erhöht werden. Die Quote von sechs Prozent reicht nicht mehr aus, um den notwendigen "Vorlauf" an freien Arbeits- und Ausbildungsplätzen sicherzustellen. Eine Anhebung um ein oder zwei Punkte wäre deshalb angemessen. Die Bemühungen der Arbeitgeber, die Schwerbehinderte über die Pflichtquote hinaus beschäftigen, sollten durch besondere Eingliederungshilfen unterstützt werden.

Es geht aber nicht zuletzt auch darum, die öffentlichen Hände stärker in die Pflicht zu nehmen. Nach den einschlägigen Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit erfüllen nur der Bund und die Länder Berlin und Bremen die vom Gesetz her vorgegebene Quote von sechs Prozent. Was einzelne Länder zu bieten haben, ist nicht nur im Jahr der Behinderten eine Schande, von den Kommunen ganz zu schweigen. Das Gesetz sieht bisher keine Berichtspflicht über die Einhaltung der Beschäftigungsquote vor. Nur der Bund und wenige Länder weisen regelmäßig das aus, was in diesem Bereich getan wurde. Die Berichtspflicht für alle öffentlichen Körperschaften an ihre jeweilige parlamentarische Ebene muß in das Gesetz hineingeschrieben werden, nur so kann der öffentliche Druck erzeugt werden, der offenbar notwendig ist, damit gesetzliche Vorschriften tatsächlich ernstgenommen werden.

(-/26.5.1981/ks/ca)

+ + +



Froschteich konservativer Unkenrufe

Bayern fordert Einschränkung des Demonstrationsrechts

Von Dr. Rudi Schöfberger MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen der SPD-Bundestagsfraktion

Die massive Kritik am geltenden Demonstrationsrecht, verbunden mit allerlei Vorschlägen, dieses Recht drastisch einzuschränken, gehört zum bekannten Instrumentarium einer auf Angstmache zielenden konservativen Politik.

Der Bericht des Bundesinnenministers über die Demonstrationstätigkeit im Jahre 1980 - er stützt sich auf die Polizeiberichte der Länder - entzieht dieser Kritik, wie schon die früheren Jahresberichte, den Boden.

1980 haben im Bundesgebiet einschließlich Berlins 4.471 angemeldete Demonstrationen stattgefunden. Davon sind 4.328, das sind nahezu 97 Prozent, völlig friedlich verlaufen. Nur bei 143 Demonstrationen, das sind gut drei Prozent, kam es zu mehr oder minder schweren strafbaren Handlungen oder zu Ordnungswidrigkeiten, schlichte Beleidigungen und Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung mit eingeschlossen. Die meisten Täter wurden regelmäßig ermittelt und bestraft.

In Bayern, dem größten "Froschteich konservativer Unkenrufe" gegen das Demonstrationsrecht, ist die Lage eher noch erfreulicher, was bei der hergebrachten und auf vielen Kirchweihfesten erprobten Haufplust der Bajuwaren verwundert: Dort verliefen 1980 ganze sechs von 497 Demonstrationen, das sind 1,2 Prozent (!), unfriedlich. Aber es würde der Sonthofener Strategie widersprechen, wenn der bayerische Ministerpräsident gelegentlich auf diesen Umstand zu sprechen käme.

Über strafbare Handlungen anlässlich von Demonstrationen berichten eine Reihe von Medien erfahrungsgemäß häufiger, breiter und reißerischer, als über friedliche Demonstrationen. Dadurch entsteht bei vielen, vor allem zipfelmützenbewehrten Bürgern der Eindruck, als gehe es bei Demonstrationen regelmäßig drunter und drüber. Die sich so verdichtenden Einstellungen nebst dazugehörigem Stammtischgebrummel sind den konservativen Scharfmachern und Vordemokraten ein willkommener Nährboden für ihre permanente Hetze gegen ein praktiziertes Grundrecht.

Im Grunde ist diesen Herren Vordemokraten jegliche Demonstration, außer vielleicht der Fronleichnamsprozession, suspekt, weil sie auch hinter den friedlich und bürger-tugendstark artikulierten Protesten ein für sie höchst unerwünschtes Aufbegahren der Untertanen gegen den konservativen Primärwert von Ruhe und Ordnung wittern.

Wir Sozialdemokraten werden keine strafbare Handlung gutheißen, mag sie nun im Zusammenhang mit einer Demonstration begangen werden oder nicht. Aber für uns können strafbare Handlungen auch kein Anlaß sein, das offensichtlich bewährte Demonstrationsrecht zu strangulieren.

(-/26.5.1981/bgy/ca)

+ + +



Haushaltsausschuß eine Art Oberausschuß?

Bei der Erörterung von Einsparungen sollte Sachkompetenz genutzt werden

Von Klaus Immer MdB

Stellvertretendes Mitglied des Bundestagsausschuss Jugend, Familie, Gesundheit

Die Mitglieder der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion täten gut daran, nicht ständig "aus der Hüfte zu schießen", wenn es um Sparverschlüsse geht. Das gilt besonders dann, wenn unausgereifte Konzepte aus dem Finanzministerium durchsickern und Schlagzeilen machen. Da ist dann sehr schnell davon die Rede, daß doch in das soziale Netz hineingeschnitten würde. Da werden "Mitnehmer" und Fehlbeleger" diskriminiert, als ob es rechtlich oder moralisch verwerflich sei, Kindergeld, Wohngeld, preiswerte Wohnungen, Leistungen nach dem BAföG oder AFG in Anspruch zu nehmen, weil oder solange der Gesetzgeber dies legalisiert.

Es ist und bleibt auch mißlich, daß manche Mitglieder des Haushaltsausschuß diesen als eine Art Oberausschuß verstehen, dessen Vorschläge und Entscheidungen für die Fachausschüsse gleichsam blindend seien. Man sollte deshalb bei der Erörterung von Einsparungen die Sachkompetenz der Kollegen in den Fachausschüssen nutzen, um nicht zu Pauschal- und Fehlurteilen zu kommen.

Es ist politisch nicht zu verantworten, wenn, vielleicht aus berechtigtem Ärger heraus, ein Mitglied des Haushaltsausschusses in der Presse Amok läuft, und dabei, wahrscheinlich ohne es zu wollen, Berufsgruppen (Freiberufler) und einige Kollegen (Abgeordnete) diffamiert, weil sie zu denen gehören, "die seit Jahren den Bundeshaushalt plünderten". Wie denn? - Plünderung ist doch wohl die unrechtmäßige Aneignung fremden Gutes unter Ausnutzung von Zerstörung durch höhere Gewalt oder durch Terror. Sollte solches im Blick auf die Bundesfinanzen der Haushaltsausschuß zugelassen haben?

Wer im Glashaus sitzt ..., sollte nicht mit solchen Steinen werfen. Wer so leichtfertig Forderungen erhebt, braucht sich nicht zu wundern, wenn durch die permanent verabreichten sozial- und steuerpolitischen Wechselbäder langsam alle Schichten der Bevölkerung verunsichert sind.

Wo wirklich ein Schuß vor den Bug am Platze gewesen wäre? Bei der Tatsache, daß der rheinland-pfälzische Landtag seine Diäten um sage und schreibe 10,6 Prozent erhöhen will. Da kann man eigentlich nur resignieren: Wer einmal vor der Krippe steht, der weiß, sie wohl zu füllen!

(-/26.5.1981/hl/ca)

+ + +



Buchbesprechung

Hans Prolingheuer, Der "Rote Pfarrer" von Köln, Georg Fritze (1874-1939) - Christ, Sozialist, Antifaschist, Jugenddienst-Verlag, Wuppertal 1981, 265 S.

An drei Fronten zugleich

Der Kölner Stadtverordnete und evangelische Religionspädagoge Hans Prolingheuer hat ein, nicht nur für Jugendliche, die sich mit der Beziehung Faschismus und Kirche, Glaube und Sozialismus beschäftigen, bemerkenswertes Buch geschrieben. Die Problematik Kirche und Drittes Reich stellt er am Lebensweg und bitterem Ende des Pfarrers Fritze (1874-1939) aus Köln anschaulich dar. Das Buch umfaßt 265 Seiten und, was wichtig ist: Einen umfangreichen Dokumentationssteil von nicht einmal 48 Seiten, auch mit fotokopierten Originaldokumenten vertieft die Thematik.

Im Vorwort schreibt Hans Prolingheuer: "Das eiskalte Schweigen und Verschwiegen, daß die Kirche Georg Fritze, einem ihrer profiliertesten rheinischen Pfarrer der 20er und 30er Jahre, seit seinem Tode im Januar 1939 angetan hat", macht diese politische Biographie notwendig. Denn erst im Januar 1979 spricht der Kölner Superintendent Ernst-Heinz Bachmann erstmalig offen und öffentlich von der Schuld der Kirche und vieler Christen gegenüber ihrem Diener und Bruder Georg Fritze".

Wer war nun dieser Georg Fritze? Das Buch beschreibt den Lebensweg von Georg Fritze von seiner Geburt am 1. August 1874 bis zu seinem Tode 1939. Georg Fritze, Sohn aus kleinen bürgerlichen Verhältnissen, macht in seiner Kindheit und Jugend den Lebensweg durch, den viele Jugendliche aus diesen Verhältnissen sicherlich auch durchgemacht haben. Außergewöhnlich ist vielleicht, daß er Theologie an einer Universität mit "liberalen" evangelischen Theologen studiert. Der kirchliche Dienstweg beginnt für den jungen Pfarrer 1899 in einer belgischen Missionskirche in der Industriestadt Charleroi. Und dort stellt er fest, daß er an drei Fronten zugleich kämpfen muß. "Ein aus dem finsternen Mittelalter ins 19. Jahrhundert überdauerter inquisitorischer und vulgärer Katholizismus; ein unterdrücktes und ausgebeutetes, das Christentum zutiefst verachtendes Proletariat; ein brutaler, menschenfressender Kapitalismus." Die Erfahrungen in der Industriestadt Charleroi prägen den evangelischen Theologen Georg Fritze stark. Er wird Sozialist. Nach vier Jahren kehrt Georg Fritze nach Preußen zurück und muß erkennen, daß auch hier, im evangelistischen aller Länder, wo der König und Kaiser zugleich oberster Bischof der Kirche ist, die soziale Verelendung großer Teile der Bevölkerung fortschreitet.

1914 greift Georg Fritze offen in die Diskussion um die Kriegsvorbereitungen ein. Er ist ein glühender Verfechter des Völkerfriedens. So unterschreibt er den Aufruf "An die geistlichen und theologischen Hochschullehrer der evangelischen deutschen Landeskirchen", in dem die Feststellung enthalten ist: "Um den Völkerfrieden zu erhalten, so sagt man uns, muß immer angespannter gerüstet werden. Aber die Tatsachen zeigen, daß, da alle Kulturstaaten das Gleiche tun, die Kriegsgefahr so nicht gemindert wird, weil gerade die immer drückende des bewaffneten Friedens, verschärft durch Haß und Mißtrauen der Völker untereinander, zu blutigen Entscheidung drängen kann, die wiederum nicht das Ende, sondern der Anfang erneuten Wettrüstens bedeuten würde." Und weiter heißt es: "Es ist schmerzlich zu bedauern, daß bisher nur ein verschwindender Teil der deutschen evangelischen Theologen den Völkerfrieden öffentlich vertritt, daß wir diese praktische Gefolgschaft Jesu Christi der kirchenfremden Sozialdemokratie überlassen." Aber auch er kann den Krieg nicht verhindern. Daß auch die Sozialdemokratie Mitte 1914 in das Horn der Kriegspropaganda bläst, enttäuscht ihn maßlos.

1916 wird Georg Fritze Pfarrer in Köln. In seinen Predigten, Konfirmantenunterricht und seinen Gesprächen setzt sich der Aktivist der deutschen Friedensbewegung unbeirrbar für seine Ziele ein. Die Verwirrung in seiner Pfarrgemeinde bis hin ins Presbyterium über Frites Ansichten sind groß. Und auch nach Beendigung des Ersten Weltkrieges, wo er sich für die berechnete Existenz der Republik einsetzt, bringen ihm große Schwierigkeiten in der evangelischen Kirche. Denn sie hat noch nicht beziehungsweise wird noch nicht nachvollziehen, was historische Tatsache geworden ist: das Ende der Monarchie und der Beginn einer parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Sie tut sich schwer und trauert der Verknüpfung von Thron und Altar, dem konservativen Staat, nach. Es würde den Rahmen dieser Besprechung sprengen, wollte man alles das Interessan-

te und Wichtige weiter erzählen, was in den Jahren der Weimarer Republik Fritzes politischen Standort ausmacht. Man kann es nur in Stichworten kurz aufzählen: Die Frage des Verhältnisses von Kirche und Sozialdemokratie, sein Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung, seine bittere Erfahrung, daß trotz verfassungsrechtlich demokratischer Strukturen, alles beim alten bleibt. "So ist sein Seufzer festgehalten: 'Die Haltung der SPD in der Wehrfrage (neben vielen anderem) kann es dahin bringen, daß ich mich von ihr löse.'" Aber er hat auch dies überstanden.

Fritzes politisches Engagement ist beeindruckend: Er prangert offen die Rolle der evangelischen Kirche beim Volksentscheid zur Enteignung der Fürsten an. Er schickt seine Kinder auf die Gemeinschaftsschule. Er tritt für die Trennung von Kirche und Staat ein und trotzdem oder gerade deswegen ist er Pfarrer in der Kölner Südstadt (Severinsviertel). Dieses politische und religiöse Engagement Georg Fritzes in der Weimarer Republik als Christ, Sozialist und am Ende Antifaschist führen zu dauerhaften Konflikten mit Kirche, Staat und Sozialdemokratie. Aber alle diese Auseinandersetzungen während der Weimarer Republik sind nur ein Vorspiel für den großen Konflikt, der sich 1930 anbahnt und aktuell wird ab 1933, der Machtübernahme des deutschen Faschismus.

So beschreibt Hans Prolingheuer in brillianter Form und mit ausgezeichneten Dokumenten belegt das schreckliche Inferno und Ende des Pfarrers Georg Fritze von 1933 bis 1939. Es ist für den Leser erschreckend zu erfahren, wie sich die Kirche und nicht nur in seiner Pfarrgemeinde, der Karthäuserkirche in Köln, an die neue furchtbare Zeit anpaßt, ja sie paßt sich nicht nur an, sondern sie ist auch ein aktiver Teilhaber an der Gestaltung des Faschismus. So ist die Gruppe der "Deutschen Christen" in der evangelischen Kirche fest entschlossen, sich mit einer neuen Verfassung dem faschistischen Regime gleichzuschalten: Ein Volk - ein Reich - ein Kirche! Und letztendlich siegen sie auch. Der Leser macht viele Erfahrungen über die Auseinandersetzung am Beispiel Kölns und hier des Pfarrers Fritze, zwischen den deutsch-nationalen und faschistischen Kräften sowie den am Glauben orientierten bekennenden Kirche.

Trotz aller Versuche solcher Männer wie Georg Fritze gelingt es den "kirchlichen Faschisten" (Bezeichnung Prolingheuer) die Kirche gleichzuschalten. Der letzte Teil des Buches ist somit eine Darstellung von Verrat evangelischer Christen und leider nicht nur innerhalb der Kirche, sondern auch gegenüber der Gestapo und der Nazi-Partei. Eine Darstellung von psychischem Terror bis hin zum Versuch des "Berufsverbotes", das nur verhindert wird, durch den Tod. Eine Darstellung von Heuchelei, die so weit geht, daß die Denuntianten kondolieren und beim Trauermarsch für Georg Fritze dabei sind.

Für die damalige Zeit sagen Zitate aus Stellungnahmen der evangelischen und katholischen Kirche zur "Wiedervereinigung" Österreichs mit dem Reich typisch aus, welchen Anfechtungen, Konflikten und Verrat ein Pfarrer, der Sozialist vor 1933 war und nach 1933 bleiben wollte, durch die Kirche und ihr Volk ausgesetzt war: "Wir danken dem Führer für seine große Tat, wir geloben ihm Treue. Wir sind bereit, als deutsche Evangelische Kirche, mit Leid und Freud unserem Volke unlösbar verbunden, an seinem Aufbau tätig mitzuwirken aus der Kraft des Evangeliums." Und die katholischen Bischöfe Österreichs veröffentlichen am 18. März 1938 unter anderem folgendes: "Wir erkennen freudig an, daß die nationalsozialistische Bewegung auf dem Gebiet des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaus sowie der Sozialpolitik für das Deutsche Reich und Volk namentlich für die ärmsten Schichten des Volkes Hervorragendes geleistet hat und leistet. Wir sind auch der Überzeugung, daß durch das Wirken der nationalsozialistischen Bewegung die Gefahr des alles zerstörenden gottlosen Bolschewismus abgewehrt wurde. Die Bischöfe beglückwünschen dieses Wirken für die Zukunft mit ihren besten Segenswünschen und werden auch die Gläubigen in diesem Sinne ermahnen."

Die Auseinandersetzung zwischen evangelischem Presbyterium und Georg Fritze spitzt sich auf die Frage seiner Eidesleistung zu, die die preußische Landeskirche von ihren Pfarrern abfordert: "Ich schwöre, ich werde dem Führer des deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflicht gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe." Im Oktober 1939 wird Fritze von seinem Pfarramt beurlaubt. Die "Sohikane der kirchlichen Faschisten ist für Georg Fritze wohl zuviel. Zu Weihnachten trifft ihn ein Herzschlag. Ein Gehirnschlag nimmt ihm in der Nacht des 2. Januar das Bewußtsein. Am Morgen des 3. Januar 1939 stirbt er." Ich meine, man sollte dieses Buch lesen und wenn man es gelesen hat, sollte man es an die weitergeben, die es lesen sollten.

Konrad Gilges MdB

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier

